

Sözeri, Salâhaddin

Article — Digitized Version

Der Ausbau der türkischen Zuckerindustrie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Sözeri, Salâhaddin (1953) : Der Ausbau der türkischen Zuckerindustrie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 11, pp. 714-717

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131814>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

tung des ihnen zugeteilten Landes erzielten Einnahmen verfügen können, sondern nach dem Tarif entlohnt werden, der auch für die Industrie gilt.

Es ist unmöglich, sich ein richtiges Bild von den Veränderungen in der jugoslawischen Landwirtschaft zu machen, wenn man diesem Gesetz nicht den Platz einräumt, der ihm nach seiner Wichtigkeit und der ihm zugeordneten Rolle gebührt. Die Bedeutung dieses Gesetzes liegt vor allem darin, daß es den mittleren Besitz in der Landwirtschaft endgültig liquidiert. Da der Großgrundbesitz schon 1945 durch die erste Agrarreform nach dem Kriege liquidiert wurde, blieb nur noch der Kleinbesitz als Privatbesitz übrig. Die jugoslawischen Kommunisten sind überzeugt, daß der private Kleinbesitz, solchermaßen isoliert, sich nicht lange wird halten können. „Jetzt wird die übermächtige sozialistische Wirtschaft mit der Sprache der Logik und des Marktes das Wort ergreifen . . . Der Individualbauer hat bei uns keine Aussicht auf Fortkommen“, schrieb Milovan Djilas in dem erwähnten Artikel. Die Aussichten für „die sozialistische Umwandlung des Dorfes“ seien erheblich gestiegen.

Die Schaffung der neuen landwirtschaftlichen Organisationen ist ebenfalls ein Schritt auf diesem Wege. Die alten bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften, die einen Gruppenbesitz und somit einen Kompromiß zwischen dem Individual- und dem Staatbesitz darstellen, werden durch die volkseigenen Unternehmen ersetzt. Der niedere Typ sozialistischer Organisationsform wird durch den höheren Typ ersetzt.

Danach ist es verständlich und natürlich, daß das Schwergewicht der Investitionen im „Allgemeinen Gesellschaftsplan“ für das kommende Wirtschaftsjahr von der Schwerindustrie auf die Landwirtschaft verlagert werden soll. Die Mittel für die Organisation der Erzeugung auf den neuen landwirtschaftlichen Gütern sollen durch staatliche Investitionen aufgebracht werden. Schon diese Tatsachen an sich widerlegen die Meinung, daß Jugoslawien durch die neuesten Maßnahmen auf dem Gebiet der Agrarpolitik von neuem bestätigt habe, daß es sich vom Kommunismus entferne.

Zwar mag es auf den ersten Blick so aussehen, als ob der Verzicht auf den Ausbau der Schwerindustrie zugunsten der Entwicklung der Landwirtschaft — als Folge der erwähnten Verlagerung von Investitionsmitteln — im Gegensatz stehe zur allgemeinen kommunistischen Praxis. Das sei „ein Schritt weiter weg von Moskau“, wie sich ein Blatt ausdrückte. Aber die Tatsachen sprechen dagegen. Bekanntlich sah Stalin die Volkswirtschaften der Satellitenstaaten als Ergänzungen der Sowjetwirtschaft an. Die Wirtschaftspläne der einzelnen Satellitenstaaten sind in erster Linie im Hinblick auf die Bedürfnisse Moskaus aufgestellt. Auch Jugoslawien sollte dieser Praxis unterworfen werden. Marschall Tito hat sich oft beklagt, daß die Sowjets nicht wünschten, daß Jugoslawien seine Industrie entwickle, sondern daß sie ihm die Rolle eines landwirtschaftlichen Erzeugers in „der Familie der sozialistischen Länder“ zuwiesen. Tito hat diese Rolle nicht akzeptieren wollen. Jetzt reorientiert Tito seine Pläne gerade in der Richtung, die die Sowjets nach seinen eigenen Worten von ihm verlangten. Erfolgt die Umorientierung auch dieses Mal ohne jede Rücksicht auf Moskau? Oder liegt vielleicht jetzt ein Nachgeben vor, nachdem durch den Tod Stalins vielleicht eine Verständigung möglich geworden ist?

In seiner letzten theoretischen Arbeit „Die wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus in der UdSSR.“ hat Stalin auf die Notwendigkeit der Umwandlung der Kolchose in die Sowchase als nächsten Schritt auf dem Wege zum Sieg des Kommunismus in der Sowjetunion hingewiesen. Die Kolchosen sind Gruppenbesitz, aber nicht Volks- oder Staatseigentum. Ohne Volkseigentum an allen Produktionsmitteln, auch am Grund und Boden, gibt es jedoch keinen Kommunismus.

Wir wissen nicht, was die Erben Stalins auf diesem Gebiet getan haben. Aber wir sehen, daß Tito die bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften, die jugoslawischen Kolchosen, bereits zugunsten neuer wirtschaftlicher Organisationen auf volkseigenem Grund und Boden liquidiert hat. Die Aufgabe, die Stalin stellte, führt Tito bereits aus.

Der Ausbau der türkischen Zuckerindustrie

Saláhaddin Sözeri, Ankara

Im Rahmen des Wirtschaftsaufbaus der Türkei nach dem ersten Weltkrieg wurde der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte zunächst geringe Aufmerksamkeit geschenkt. Die nach dem zweiten Weltkrieg in Erscheinung getretene Demokratische Opposition hat diese Haltung immer wieder kritisiert. Als sie 1950 an die Regierung kam, war sie bestrebt, die Fehler der alten Regierung zu vermeiden und bisherige Unterlassungssünden gutzumachen. Die Türkei hat seit dem Mai 1950 drei Jahre sehr bedeutsamer Entwicklung hinter uns. In Deutschland als wichtigstem Handelspartner der Türkei ist diesem Aufbau der türkischen Wirtschaft starkes Interesse gezollt worden.

Obwohl die Türkei ein Agrarland ist, war sie bis vor wenigen Jahren manchmal gezwungen (z. B. 1949),

einen Teil ihres Brotgetreidebedarfs zu importieren. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend geändert.

Getreideproduktion und -außenhandel 1950—1953

Jahr	Produktion (1000 t)	Export (1000 t)	Export (Mill. £tq)
1950	7 764	28,0	6,8
1951	10 679	237,5	59,5
1952	12 291	776,0	249,0
1953	13 565 ¹⁾		

¹⁾ Geschätzt.

Mit 249 Mill. £tq betrug 1952 der wertmäßige Anteil des Getreideexports 24,5% der türkischen Gesamtausfuhr und tritt damit wertmäßig an erste Stelle. Ein erheblicher Teil der Produktion des Jahres 1952 wurde außerdem eingelagert und in die Rechnung des Jahres 1953 übernommen. Zur Zeit wird damit ge-

rechnet, daß bis zu 3 Mill. t Getreide von der dies-jährigen Produktion exportiert werden können. Im neuen deutsch-türkischen Getreideabkommen vom Juli ds. Js. sind türkische Lieferungen von jährlich 700 000 t Getreide vorgesehen.

Das Schwergewicht der türkischen Wirtschaftspolitik liegt also gegenwärtig auf der Landwirtschaft. Aber die Bestrebungen zur Industrialisierung sind keineswegs vernachlässigt worden. Es werden jetzt besonders diejenigen Industriezweige gefördert, die ihre Rohstoffe aus der einheimischen Landwirtschaft beziehen. Das wichtigste Beispiel ist die Zuckerindustrie.

DIE ERSTEN FABRIKEN

Im Jahre 1926 wurden in Usak und Alpullu die ersten Zuckerfabriken als Privatunternehmen gegründet. Nach anfänglichen Schwierigkeiten entwickelten sich diese beiden Fabriken, deren Aktien bald in die Hände von zwei staatlichen Großbanken und einer privaten Großbank übergingen, nach Verbesserung der Zuckerrübenkulturen zufriedenstellend. Die Weltwirtschaftskrise 1929—1933, die auch in der Türkei verheerende Folgen hatte, kam der Entwicklung der Zuckerindustrie zugute, denn die im Aufbau begriffene Zuckerindustrie und damit auch der Rübenanbau waren preislich geschützt, die übrigen landwirtschaftlichen Produkte dagegen voll der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt. So konnten die beiden Zuckerfabriken mit voller Kapazität arbeiten, und die Zuckerproduktion wurde rentabel. Die Gründung neuer Fabriken folgte. Durch die Initiative einer der wichtigsten türkischen Banken (Is Bankasi), die schon an den beiden ersten Zuckerfabriken beteiligt war, wurden in den Jahren

1932 und 1933 in Eskisehir und Turhal zwei weitere Zuckerfabriken gegründet. Diese Anlagen waren zusammen mit den beiden anfangs erwähnten Werken bis heute in der Lage, den Zuckerbedarf der Türkei ganz oder weitgehend zu decken. Im Jahre 1935 wurde mit Beteiligung von zwei Staatsbanken — Sümerbank und Ziraat Bankasi (Agrarbank) — und einer Privatbank — Is Bankasi (Arbeitsbank) — eine Aktiengesellschaft für Zuckerfabriken gegründet, die die Zuckerfabriken unter eine einheitliche, staatlich beeinflusste Verwaltung und Leitung brachte.

Der Zucker wurde nach der Gründung dieser Aktiengesellschaft mit einer Verbrauchsteuer belastet, deren Satz von der Höhe der gesamten Produktion abhängig war und mit steigender Produktion stieg. Außerdem wurde der Gewinn auf 9% des Aktienkapitals beschränkt, darüber hinausgehende Gewinne mußten der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahmen hemmten die weitere Entwicklung der türkischen Zuckerindustrie sehr. Dennoch war der Ausbau der Zuckerindustrie damals und insbesondere während des zweiten Weltkriegs recht erfolgreich.

VERBRAUCHSENTWICKLUNG

Der Zuckerkonsum in der Türkei ist mit 6—7 kg pro Kopf und Jahr auffallend gering, wenn man diese Zahl mit den entsprechenden neueren Zahlen anderer Länder vergleicht (Schweden und Dänemark 57 kg, USA. 50 kg, Großbritannien 39 kg, Frankreich 25 kg, Bundesrepublik 18 kg, Italien 11 kg). Der Grund für diesen niedrigen Zuckerkonsum ist in dem beachtenswert niedrigen Lebensstandard und in dem starken Verbrauch von Zuckerersatzwaren (Honig, Traubensaft



... im In- und Ausland ständig zitiert -

Rheinischer Merkur
DIE REPRÄSENTATIVE ZEITUNG
DEUTSCHLANDS

KOLN Deichmannhaus - KOBLENZ Pressehaus

u. a.) zu suchen. Die neue Regierung hat die Erhöhung des Lebensstandards der türkischen Bevölkerung zum Hauptziel ihrer Wirtschaftspolitik gemacht. Sie sieht in der Vergrößerung und Modernisierung der Zuckerindustrie einen Weg, der zur Verwirklichung dieses Zieles beitragen kann, und zwar aus folgenden Gründen: Die Landwirte, die neben Getreide auch Zuckerrüben anbauen, werden dazu angehalten, in den fast exklusiven Getreidebau nunmehr eine Hackfrucht einzuschalten. Dadurch ergibt sich eine intensivere Bewirtschaftung des Bodens, die durch die Verwendung von Handelsdünger und modernen landwirtschaftlichen Maschinen die Produktivität der Landwirtschaft erhöht.

Während die vorhandenen Zuckerfabriken in den letzten Jahren in der Lage waren, nahezu den gesamten Zuckerbedarf des Landes zu decken, reicht nunmehr die vorhandene Produktionskapazität für den steigenden Konsum nicht mehr aus. Der Zuckerkonsum steigt einmal infolge der starken Bevölkerungszunahme, dann als Folge der Steigerung des Lebensstandards, insbesondere der unteren Schichten, die bisher nur einen geringen Zuckerkonsum hatten. Dabei spielt auch der Ausbau des Verkehrsnetzes eine große Rolle, weil er einen Transport in bisher verkehrstechnisch schwer erreichbare Gebiete ermöglicht.

Für den Ausbau der Zuckerindustrie liegen heute günstigere Voraussetzungen vor als früher, da der Transport der Zuckerrüben in die Zuckerfabriken auf Grund des verbesserten Verkehrsnetzes und der fortgeschrittenen Motorisierung auch mit Lastkraftwagen möglich ist, man also nicht mehr allein auf die Eisenbahn angewiesen ist. Neue Gebiete können für den Zuckerrübenanbau erschlossen werden. Und die Bauern haben die großen betriebswirtschaftlichen Vorteile des Zuckerrübenanbaus erkannt.

Die Zuckerrübenproduktion hat sich seit 1946 nahezu verdoppelt, die Anbaufläche ist jedoch nur von 40 000 ha 1946 auf 51 000 ha bzw. 49 000 ha in den Jahren 1951 bzw. 1952 gestiegen; einem Hektarertrag von 14—15 t in den ersten Nachkriegsjahren steht also ein durchschnittlicher Hektarertrag von 26 t im Jahre 1951 gegenüber, der zwar teilweise witterungsbegünstigt, aber auch auf die Intensivierung und Modernisierung des Anbaus zurückzuführen war.

Zucker- und Zuckerrübenproduktion, 1946—1952

Jahr	Anbaufläche (in 1000 ha)	Zuckerrüben- produktion (in 1000 t)	Zuckerproduktion (in 1000 t)
1946	40	615	97
1947	41	589	97
1948	48	708	118
1949	51	817	135
1950	51	855	137
1951	51	1 363	186
1952	49	1 100	163

Daß der Verbrauch neuerdings die Produktion zu überflügeln beginnt, zeigen nachstehende Zahlen des Zuckerkonsums in der Türkei: 1950: 128 000 t, 1951: 151 000 t, 1952: 179 000 t. Für das Jahr 1953 rechnet man mit einem Verbrauch von über 200 000 t.

Auf Grund der bisher erörterten günstigen Voraussetzungen hat man die Gründung und den Aufbau von vorerst vier weiteren Zuckerfabriken mit einer

jährlichen Produktionskapazität von zusammen 100 000 t in Angriff genommen. Die neu gegründete Fabrik in Adapazari mit einer jährlichen Kapazität von 27 000 t beginnt schon in der diesjährigen Kampagne zu arbeiten. Die anderen drei neu gegründeten Fabriken — in Amasya, Konya und Kytahya — befinden sich noch im Bau und können im September 1954 ihre Produktion aufnehmen. Darüber hinaus ist die Gründung von fünf weiteren Zuckerfabriken geplant, von denen drei im Osten und zwei im Westen des Landes errichtet werden sollen. Jede Fabrik soll in der Lage sein, jährlich mindestens 18 000 t Zucker zu produzieren. In den Provinzen Burdur, Kayseri und Elazig sind je eine und gemeinsam für die Provinzen Erzincan, Erzurum und Gümüsane eine weitere Aktiengesellschaft gegründet worden; diese Aktiengesellschaften haben die Aufgabe, den Aufbau der Fabriken in den genannten Provinzen durchzuführen. Man hofft, daß diese Fabriken 1955 oder spätestens 1956 ihre Produktion aufnehmen können.

Durch den Bau dieser Zuckerfabriken und durch die damit einhergehende Ausdehnung und Verbesserung des Zuckerrübenanbaus wird eine Steigerung der Zuckerproduktion innerhalb der nächsten drei bis vier Jahre auf 350 000—400 000 t erwartet. Da der Zuckerkonsum in den nächsten Jahren kaum in demselben Tempo wie bisher steigen dürfte, könnte dann ein erheblicher Teil der Zuckerproduktion exportiert werden, wobei sich allerdings, ähnlich wie im türkischen Getreideexport, erhebliche Probleme ergeben dürften, da der innertürkische Zuckerpreis, auch ohne Steuerzuschlag, weit über dem Weltmarktpreis liegt.

FINANZIERUNG

Für die Türkei völlig neu sind die Methoden der Finanzierung der geplanten und im Bau befindlichen Zuckerfabriken. Die Regierung ist bestrebt, die Privatunternehmen im Wirtschaftsleben zu unterstützen. Sie hat einerseits das Monopol der staatlich beherrschten Aktiengesellschaft für Zuckerrübenfabriken in der Türkei abgeschafft, hat jedoch andererseits diese Gesellschaft zum Hauptträger der Weiterentwicklung der Zuckerwirtschaft gemacht. Bei der Finanzierung der neuen Fabriken versucht man, eine möglichst enge Verbindung zwischen den Zuckerrübenproduzenten — den Landwirten — und den Abnehmern und Verarbeitern der Zuckerrüben — den Fabriken — herzustellen, indem man die Landwirte als Miteigentümer an den Fabriken zu gewinnen sucht.

Zunächst werden in den Orten, die für die Errichtung einer Zuckerfabrik als günstig angesehen werden, Aktiengesellschaften gegründet, an denen sich die großen Banken des Landes und private Kapitalbesitzer beteiligen. Gleichzeitig werden die Landwirte, die Zuckerrüben anbauen oder anbauen wollen, in Genossenschaften organisiert. Diese Genossenschaften beteiligen sich als juristische Personen an den Aktiengesellschaften. Es wird angestrebt, daß die Genossenschaften nach und nach alle Aktien der Zuckeraktiengesellschaften aufkaufen und somit letzten Endes alleinige Besitzer dieser Gesellschaften werden. So gehören heute z. B. 75 % des Kapitals der Zuckerfabrik in Amasya (Gesamtkapital 10 Mill. £tq) den Zuckerrüben-genossen-

schaften. Diesen hohen Prozentsatz haben die Genossenschaften durch den nachträglichen Erwerb von Aktien im Werte von 1,5 Mill. £tq von der Agrarbank erreichen können.

Gegenwärtig gibt es in der Türkei elf Zuckerrüben-genossenschaften mit 70 000 Mitgliedern und einem nominellen Kapital von 25 Mill. £tq. Damit bilden die Zuckerrüben-genossenschaften einen wesentlichen Faktor in der türkischen Genossenschaftsbewegung. Diese Entwicklung ist für die türkische Genossenschaftsbewegung schlechthin bedeutungsvoll. Ihre Förderung und Unterstützung ist seit langem ein wichtiges Ziel der Regierung. Die Zuckerrüben-genossenschaften haben als erster Zweig des Genossenschaftswesens 1953 eine eigene Genossenschaftsbank in Eskischir mit einem Kapital von 2,5 Mill. £tq gegründet. Darüber hinaus sind die Zuckerrüben-genossenschaften gegenwärtig bestrebt, sich in einem eigenen Spitzenverband

zusammenzuschließen, der alle außerhalb der eigentlichen Finanzierung liegenden Geschäfte der Genossenschaften abwickeln soll.

Deutschland ist insofern an der Entwicklung der türkischen Zuckerwirtschaft interessiert und beteiligt, als bisher alle Ausrüstungen für die türkischen Zuckerrübenfabriken bei der deutschen Industrie bestellt worden sind. Auch für die in Zukunft zu errichtenden Fabriken hat die deutsche Industrie gute Aussichten, die Aufträge zu erhalten. Kommt es eines Tages zu einem türkischen Zuckerüberschuß, so wäre auch an eine Belieferung Deutschlands zu denken, das gegenwärtig Zucker importiert. Vom Gesichtspunkt eines besseren Ausgleichs der deutsch-türkischen Handelsbilanz erscheint das durchaus wünschenswert, jedoch ergeben sich hierbei so viele, vorläufig noch nicht übersehbare Probleme, daß darauf heute noch nicht eingegangen werden kann.

Rationalisierungsprobleme der deutschen Landwirtschaft

Dr. Hans v. d. Decken und Alfred van Setten, Hamburg

Auch auf dem Agrarsektor wirft die europäische Wirtschaftsunion ihre Schatten voraus. Die deutsche Landwirtschaft fragt sich heute mehr denn je, wie sie der zu erwartenden europäischen Konkurrenz begegnen soll und ob es ihr gelingen wird, sich im Kampf um den deutschen bzw. den europäischen Verbraucher zu behaupten. Die Lösung des Problems wird von einer umfassenden Rationalisierung erwartet: durch eine Senkung der Produktionskosten soll die Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet werden. Es ist daher — auch vom volkswirtschaftlichen Blickpunkt her — von Interesse, die Problematik der Rationalisierung im Agrarsektor zu umreißen.

Die Betrachtung muß notwendigerweise in zwei Abschnitte zerfallen. Zunächst sollen die für den Nichtlandwirt z. T. etwas verwickelten agrartechnischen Entwicklungstendenzen abgehandelt werden. Das ist nötig zum Verständnis der im zweiten Teil hieraus gezogenen Schlußfolgerungen, d. h. der betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Konsequenzen und Erfordernisse, um für die deutsche Landwirtschaft den in zwei Weltkriegen verlorengegangenen Anschluß an die Spitzengruppe in der Welt wiederherzustellen.

AGRARTECHNISCHE ENTWICKLUNGSTENDENZEN

Die westdeutsche Landwirtschaft unterliegt aus zwei Gründen dem Zwang zur Rationalisierung. Einmal erfordern steigende Löhne, Steuern, Sozillasten usw., ferner zunehmende Beiträge zu Berufsgenossenschaften, Versicherungen usw. eine Verbilligung der Erzeugung, und zweitens gilt es, im Hinblick auf den sich bildenden europäischen Wirtschaftsraum, den Leistungsvorsprung des Auslandes einzuholen. Die Rentabilität wird mithin in vielen landwirtschaftlichen Betrieben in Zukunft nur gewährleistet sein, wenn die Produktionskosten gesenkt werden. Das ist in der Praxis — außer durch Senkung der Produktionsmittel-

preise¹⁾ — durch Rationalisierung der Erzeugung möglich, z. B. durch erhöhte Erzeugung je menschliche Arbeitskraft und tierische Zugkraft, durch erhöhte Erzeugung je Hektar Nutzfläche sowie durch verschiedene betriebswirtschaftliche Maßnahmen, wie z. B. geeignetere Fruchtfolgen, mehr Zwischenfruchtbau, Feldberechnung, rationelle Weidewirtschaft mit Hilfe der Mähweide und des Elektrozaunes usw., ferner durch die Einstellung des Betriebes auf gewisse „Schwerpunkte“, d. h. Abkehr von einem allzu vielseitigen Erzeugungsprogramm.

Am Anfang aller Rationalisierungsmaßnahmen steht aber meistens die verstärkte Technisierung der Betriebe, da erst hierdurch die erwarteten günstigen Auswirkungen ausgelöst werden. Grundsätzlich ist es dabei die Aufgabe einer rationell angewendeten Landtechnik, die Agrarproduktion zu erhöhen, zu verbilligen, zu erleichtern und sauberer zu gestalten sowie auch die Qualität der Erzeugnisse möglichst zu verbessern.

Vor etwa 100 Jahren erfolgte erstmalig auch in der deutschen Landwirtschaft eine Umstellung von Handgeräten auf Maschinen; diese wurden von Pferden und später zum Teil auch von Dampfkraft angetrieben. Vor knapp 50 Jahren setzte mit der Verwendung des Verbrennungsmotors in der Landwirtschaft eine zweite Mechanisierungswelle ein. Vor rund 25 Jahren begann eine dritte Welle; sie ist u. a. durch das Eindringen der Elektrizität in die Landwirtschaft gekennzeichnet. Seit etwa 5 Jahren, d. h. seit der Währungsreform, kann man von einer vierten Welle der landwirtschaftlichen Mechanisierung sprechen. Ihr äußeres Kennzeichen ist die Mechanisierung ganzer „Arbeitsketten“, z. B. der Getreideernte (durch Einsatz von Mähdrescher — Lastauto — Strohsammler und Gebläse) oder der

¹⁾ Diese außerordentlich umstrittene Forderung, die vor allem auch die Frage der „Preisschere“, der Zölle für industrielle Produktionsmittel (Maschinen usw.) umfaßt, soll im folgenden nicht erörtert werden.